



Presseschau vom 06.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Anton Gentzen: Olympia märchenhaft eröffnet – Mainstreammedien wollen das Friedensfest vermiesen

In Peking hat IOC-Chef Thomas Bach am Freitag die Olympischen Winterspiele mit John Lennons Appell eröffnet, dem Frieden eine Chance zu geben. Zu einer olympischen Friedenspause sind deutsche Mainstream-Journalisten aber scheinbar nicht bereit. Stattdessen greifen sie erneut tief in die Propaganda-Trickkiste, um ihren Lesern und Zuschauern das Fest des Sports zu vermiesen. ...

<https://kurz.rt.com/2t4y>

Bernd Müller: Russisches Erdgas ist alternativlos

Deutschland ist auch in den nächsten Jahren auf russisches Gas angewiesen. Nicht nur, weil es keinen ernsthaften Ersatz gibt, sondern auch, weil an preiswertem Erdgas die Energiewende in der Bundesrepublik hängt. ...

<https://kurz.rt.com/2t3s>

Tom Fowdy: Wo sich China mit Russland zusammenschließen muss, um den USA die Stirn zu bieten

Während sich die Ukraine-Krise verschärft, mehren sich die Berichte, dass die Biden-Regierung Sanktionen gegen Russland im Technologiebereich erwägt. Insbesondere im

Bereich der Halbleitertechnik – dem Herzstück unserer modernen Technologie. ...

<https://kurz.rt.com/2swm>

Geworg Mirsajan: Teile des Westens fahren Zünder in der Ukraine herunter – nur die Briten üben sich in Konsequenz

Die britische Regierung verhält sich wie ein wahrer Kriegstreiber: Während eine Reihe von Staaten im Westen aktiv versucht, einen größeren Krieg mit Russland zu vermeiden, arbeitet London ebenso aktiv daran, ihn auszulösen: jahrhundertelange Übung in Permanenz. ...

<https://kurz.rt.com/2t1x>

de.rt.com: Wer einmal lügt... - Wie bewertet Bundesregierung die False-Flag-Vorwürfe der USA gegen Russland?

Laut US-Angaben plant Russland angeblich eine Operation unter "falscher Flagge" gegen die Ukraine, um damit einen Vorwand für eine Militärintervention zu schaffen. RT DE wollte auf der Bundespressekonferenz erfahren, wie Berlin solche Aussagen vor dem Hintergrund früherer Falschbehauptungen des US-amerikanischen Partners bewertet. ...

<https://kurz.rt.com/2t4q>

Wolfgang Bittner: Die Menschen werden mit "Corona" beschäftigt, während die Bombe über ihnen schwebt

Ganz getreu der transatlantischen Friedenspolitik interveniert die CIA mit dem Ziel einer Deeskalation mit Russland am Donbass. Die deutschen Medien und Politik machen mit. Ein Spiel mit dem Feuer, das auch für Deutschland ein böses Ende haben kann. ...

<https://kurz.rt.com/2sxx>

abends/nachts:

snanews.de: Russische Bomber patrouillieren über Weißrussland – Verteidigungsministerium in Moskau

Zwei russische Fernbomber Tu-22M3 haben am Samstag Russlands Verteidigungsministerium zufolge eine Luftpatrouille im Luftraum von Weißrussland unternommen.

„Zwei Langstreckenbomber Tu-22M3 der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte führten Patrouillen im Luftraum der Republik Belarus durch“, teilte die Behörde in Moskau mit.

Während des Fluges von Langstreckenflugzeugen seien Fragen zur Lösung gemeinsamer Aufgaben mit Luftfahrt- und Luftverteidigungskräften der weißrussischen Streitkräfte ausgearbeitet worden.

„Die Flugdauer betrug etwa vier Stunden. Alle zugewiesenen Aufgaben wurden erfolgreich gemeistert“, so das Ministerium.

Danach seien die Fernbomber Tu-22M3 zu ihrem Heimatflugplatz auf dem Territorium Russlands zurückgekehrt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/05/5256195_0:0:1440:810_1920x0_80_0_0_1c7d53ef21bd0ea9e4023db880d076df.jpg

de,rt,com: **Russland: Die fortdauernde Lieferung von Militärdrohnen an die Ukraine ist eine Provokation**

Die Türkei liefert seit 2019 Kampfdrohnen an die Ukraine und hat deren Produktion in der Ukraine vereinbart. Der russische Senator und Sicherheitsexperte Andrei Klimow bezeichnet das als Provokation und bedauert, dass Ankara die Kriegsgefahr im Donbass befeuert.

Die Lieferung von Waffen an die Ukraine in der gegenwärtigen schwierigen Situation sei eine Provokation, und Ankara wisse dies, erklärte Senator Andrei Klimow, Leiter der Kommission für die Verteidigung der staatlichen Souveränität der Oberkammer des russischen Parlamentes (Föderationsrat), in einem mit RIA Nowosti geführten Gespräch. Es bestehe die Gefahr, dass im Südosten der Ukraine "spontan oder unter Beteiligung von Provokateuren"

Feindseligkeiten ausbrechen könnten, wobei bei eventuellen Kämpfen auch Waffen ausländischer Partner eingesetzt würden.

Klimow warnte:

"Leider besteht die Gefahr, dass die 'Falken' in Kiew den Befehl geben, diese Situation auszunutzen."

Dass die Türkei in Kenntnis dieser Gefahr Angriffswaffen liefere, sei "bedauerlich", ergänzte er.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte zuvor erklärt, dass die Ukraine und die Türkei ein Abkommen zur Ausweitung der Produktion von Bayraktar-Drohnen in der Ukraine unterzeichnet hätten. Am 3. Februar hielt sich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu einer Arbeitsvisite in Kiew auf, wo er mit seinem ukrainischen Amtskollegen mehrere Handelsverträge unterzeichnete, darunter offensichtlich auch einige mit geheim gehaltenem Inhalt.

Das Wichtigste der am 3. Februar unterzeichneten Abkommen war ein Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der Türkei.

Zudem unterzeichnete der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow mit seinem türkischen Amtskollegen ein Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit im Bereich militärischer Technologien. Dieses umfasst den Bau einer Fabrik zur Produktion von Bayraktar-Drohnen in der Ukraine. Experten zufolge braucht die Ukraine türkische Technologien für die Herstellung eigener Drohnen mit der Bezeichnung Sokol-300.

Seit 2019 lieferte die Türkei der Ukraine bereits mehrmals Bayraktar-Drohnen. Deren genaue Anzahl im Arsenal der ukrainischen Streitkräfte wird offiziell nicht bestätigt, bekannt ist lediglich, dass 2019 mindestens sechs und 2021 mindestens vier erworben worden waren. Zudem wurde am 5. Dezember 2021 bekannt, dass für das Jahr 2022 die Lieferung von 20 Drohnen vorgesehen ist.

Im Oktober 2021 setzte die Ukraine nach eigenen Angaben erstmals eine Bayraktar-Drohne im Donbass ein.

Die multifunktionale Kampf- und Aufklärungsdrohne Bayraktar TB2 ist mit einem Laserleitsystem ausgestattet. Die Nutzlast besteht aus vier Raketen mit einer Reichweite von bis zu acht Kilometern (in einigen Modifikationen bis zu 16 Kilometern).



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fec0e6b480cc01af6e3a89.jpg>

snanews.de: **Erste zusätzliche US-Truppen landen in Polen**

Im Rahmen der angekündigten Verstärkung der US-Truppen in Europa sind am Samstag die ersten zusätzlichen amerikanischen Soldaten in Europa gelandet. Das bestätigte ein polnischer Armeesprecher der Nachrichtenagentur PAP.

Ein Flugzeug vom Typ Beechcraft C-12 Huron sei am Vormittag mit einer kleineren Gruppe von Soldaten am Flughafen in Jasionka bei Rzeszow eingetroffen. US-Präsident Joe Biden hatte die Aufstockung angekündigt, um die Ostflanke der Nato angesichts der angespannten Lage um die Ukraine zu stärken.

Das Hauptkontingent der zusätzlichen US-Soldaten für Polen wird am Sonntag erwartet. Insgesamt sollen aus den Vereinigten Staaten 1700 Soldaten in das Nato-Partnerland entsandt werden, weitere 300 nach Deutschland. Aus Deutschland wiederum sollen 1000 US-Soldaten nach Rumänien verlegt werden. Die Soldaten, die in Polen stationiert werden, gehören nach PAP-Angaben der 82. US-Luftlandedivision an.

In letzter Zeit haben die westlichen Staaten ihre Besorgnis in Bezug auf angeblich zunehmende „aggressive Aktivitäten“ seitens Russlands in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. Moskau weist alle Vorwürfe zurück und betont, dass Russland seine Truppen innerhalb des eigenen Territoriums verlegen würde. Der Kreml und das Außenministerium haben wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel der Geschichten über eine mögliche „russische Aggression“ darin bestehe, eine Gruppierung der Nato nahe der russischen Grenze aufzubauen.

Der Hauptgrund für die Eskalation in der Region sind aus Moskaus Sicht die Aktionen der USA und der Nato, welche Militärausbilder, Waffen und Ausrüstung in die Ukraine schicken, die Zahl der Militärübungen erhöhen und damit Kiew zu militärischen Abenteuern treiben würden. All diese Aktivitäten betrachtet Russland als rote Linien.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/10/2515921_0:685:1000:1248_1920x0_80_0_0_db0a1f24849f387f9e0c7652279229a1.jpg

snanews.de: **Nach Absage „aus Kapazitätsgründen“: Deutsche Welle darf Scholz nun doch nach Moskau begleiten**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) soll auf seiner Reise nach Moskau am 15. Februar auch von einer Reporterin und einem Kameramann der Deutschen Welle begleitet werden.

„Um etwaigen Missverständnissen vorzubeugen: Die Deutsche Welle ist zur Reise des Bundeskanzlers nach Moskau eingeladen“, twitterte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Samstagabend.

Der „Tagesspiegel“ hatte zuvor berichtet, dass das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung dem deutschen Auslandssender zunächst eine Absage erteilt hatte. Diese Darstellung bestätigte ein Sprecher der Deutschen Welle auf Anfrage. Nach der Absage habe man jetzt aber doch eine Zusage bekommen, sagte er am Abend. Die Mitreise hänge allerdings auch davon ab, ob den Betroffenen von Russland ein Visum erteilt werde.

Der Bundeskanzler wird auf seinen Reisen in seiner Regierungsmaschine üblicherweise von einer Gruppe von mehr als 20 Journalistinnen und Journalisten begleitet. Die Nachfrage ist aber immer größer als die Zahl der Plätze im Flugzeug.

„Konstruktive Lösung“ nach Absage gefunden

Die Deutsche Welle habe deswegen zusammen mit anderen Medien zunächst aus Kapazitätsgründen eine Absage erhalten, sagte ein Regierungssprecher der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage. In anschließenden Gesprächen mit dem Sender habe man dann aber eine „konstruktive Lösung“ gefunden.

Das Treffen zwischen Scholz und Putin ist für 15. Februar geplant. Am Tag zuvor wird Scholz in der ukrainischen Hauptstadt, Kiew, erwartet.

Das russische Außenministerium hat am Donnerstag die Schließung des DW-Büros in Moskau verfügt und allen Korrespondenten die Akkreditierung entzogen. Die Maßnahme ist eine Reaktion auf das Sendeverbot für das deutschsprachige TV-Programm des Staatssender RT DE in Deutschland. Die Entscheidung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, RT die Sendeerlaubnis zu entziehen, habe Russland „jede andere Wahl“ genommen, hieß es aus dem russischen Außenministerium.

In Deutschland hatte das Sendeverbot für die „Deutsche Welle“ für viel Kritik gesorgt. Das Auswärtige Amt verurteilte die Maßnahme als weitere Belastung für die deutsch-russischen Beziehungen. Kulturstatsministerin Claudia Roth sagte der „Augsburger Allgemeinen“, dass es sich beim Sendeverbot für die DW „um eine massive und aus unserer Sicht völlig ungerechtfertigte Eskalation, die Angst und Schrecken unter den ausländischen Journalistinnen und Journalisten in Russland verbreiten und freie Berichterstattung in und aus Russland weiter einschränken soll“, handele.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/03/5230538_0:300:1600:1200_1920x0_80_0_0_e9ce2f1a8a5f1570a62f61f876e5cada.jpg

snnews.de: **Russischer Botschafter: Keine Einigung im Diplomaten-Streit mit USA**

Russlands Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, hat am Samstag gegenüber russischen Medien von einem erfolglosen Treffen zum Thema Normalisierung der Arbeit der diplomatischen Vertretungen mit den US-Partnern gesprochen.

„Vorgestern fanden in Wien russisch-amerikanische Konsultationen zu Reizthemen statt. Die russischen Kollegen waren mit einem positiven Programm angereist“, sagte Antonow.

Das Programm zielle darauf ab, alle Beschränkungen für die Aktivitäten von Diplomaten in den USA und in Russland aufzuheben, den „Visakrieg“ zu beenden und die normalen Aktivitäten der diplomatischen Vertretungen gegenseitig wiederherzustellen, hieß es.

„Leider haben wir bei diesen Konsultationen eine negative Antwort erhalten“, fügte der Botschafter hinzu.

Zudem gab er an, dass Russlands Diplomaten in den USA weiterhin unter Druck gesetzt würden.

„Die Periode ist gerade zu Ende gegangen, als 27 russische Diplomaten aus den USA ausgewiesen wurden. Es wurde gesagt: Ihnen wird empfohlen, Sie sind angewiesen, die Vereinigten Staaten zu verlassen. Und auf unsere Frage, was mit unseren Diplomaten passiert, wenn wir nicht abreisen, hieß es: Wir verhaften Sie am nächsten Tag in der Stadt und schicken Sie in die entsprechende Einrichtung. Ist das keine Ausweisung unserer Diplomaten?“, so Antonow weiter

Auch hat er die angedrohten US-Sanktionen gegen Russland thematisiert.

„Leider erwarten wir Sanktionen. Heute ist es schwierig zu sagen, wie sie sein werden. Bei dem Gefluhe geht es nur darum, wer stärker ist, wer Russland härter treffen wird“, sagte der Botschafter.

In den Vereinigten Staaten bestehe ein völliger Konsens darüber, dass neue Strafmaßnahmen gegen Russland erforderlich seien.

„Das ist natürlich eine traurige Geschichte. Wir sehen jeden Tag Diskussionen im Kongress. Es besteht ein völliger Konsens darüber, dass Sanktionen erforderlich seien, die Frage ist nur deren Umfang und Zeitpunkt“, fügte Antonow hinzu.

Diplomaten-Streit mit USA

Die Administration des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama hatte Ende Dezember 2016 ein Sanktionspaket gegen Russland wegen angeblicher „Einmischung in die Wahlen“ und „Druck auf die in Russland tätigen US-Diplomaten“ verabschiedet. Die USA beschlagnahmten dann sechs Objekte der russischen diplomatischen Mission auf amerikanischem Boden und verweigern russischen Diplomaten seither den Zugang zu diesen Objekten. Es sei sogar die Rede von Plänen gewesen, das russische Eigentum zu verkaufen.

Außerdem haben die Administrationen von Obama und seinem Nachfolger Donald Trump Dutzende russische Diplomaten ausgewiesen und die russischen Konsulate in San Francisco und Seattle sowie die Handelsvertretung in Washington geschlossen. Moskau reagierte mit der Ausweisung von US-Diplomaten und schloss das US-Konsulat in St. Petersburg. Im November 2021 hatte es weitere Spannungen in diesem Bereich gegeben. Anatoli Antonow teilte damals mit, 27 russische Diplomaten mit ihren Familien müssten zum 30. Januar nächsten Jahres aus den USA ausreisen. Zum 30. Juni müssten ähnlich viele russische Diplomaten samt Familien das Land verlassen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/08/02/3058970_0:0:3014:1696_1920x0_80_0_0_4d3f69b_aa0fc52a7f5f2b26fa8346670.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Russlands Botschafter in Washington: USA reduzieren bestehende Sicherheitsprobleme auf Ukraine

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat Washington für die Versuche kritisiert, alle bestehenden Probleme der internationalen Sicherheit auf die Ukraine zu reduzieren. Dem Diplomaten zufolge sei dies grundfalsch. Russland wolle niemanden überfallen.

Am Samstagabend hat der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, dem Fernsehmoderator Wladimir Solowjow per Videoschalt ein Interview gewährt. Dort kritisierte er die Reaktion Washingtons auf die Besorgnisse und Vorschläge Moskaus im Bereich der Sicherheit in Europa. Der Westen versuche, die wahre Sachlage zu vertuschen. "In Amerika versucht man, alle heutigen Probleme auf die Ukraine zu reduzieren. Ich finde dies absolut falsch."

In den von Russland unterbreiteten Sicherheitsvorschlägen werde die weitere Entwicklung des Systems der internationalen Sicherheit auf den Punkt gebracht. In der Tat gehe es in diesen Dokumenten nicht um die Ukraine und nicht bloß um die Sicherheit in Europa. Russland habe mit seinen Vorschlägen die Aussichten für die internationale Sicherheit thematisiert, erklärte der Diplomat.

Antonow wies alle Spekulationen zurück, wonach Russland die Ukraine überfallen wolle. Moskau brauche dies nicht, dies entspreche nicht seinen Interessen.

"Es ist einfach Blödsinn, allerlei illusorische Projekte einer russischen Aggression aufzustellen."

Dem russischen Diplomaten zufolge liege der Ordnung, die die USA momentan aufzubauen versuchten, deren sogenannte Ausschließlichkeit zu Grunde. Man höre in politischen, diplomatischen und militärischen Kreisen von "Amerikas einmaligen Eigenschaften", die in seinen "unanfechtbaren Tugenden" und in seiner "unbestrittenen Macht" zum Ausdruck kämen, sagte Antonow. Wenn er persönlich versuche, seinen US-Kollegen die Position und die Wünsche Russlands zu erklären, erwidere man ihm, dass das Problem ausschließlich die russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine seien.

"Aber das ist doch Unsinn. Das ist eine Lüge. Die Rede ist von hunderten Kilometern von der ukrainischen Grenze."

Der Westen warnt seit Wochen vor einer angeblichen Offensive Russlands gegen die Ukraine. Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt solche Pläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61ff67d0b480cc5e9878d074.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 5. Februar 3:00 Uhr bis 6. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK sechs Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Spartak, Donezk, Sosnowskoje, Oktjabrj.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, entstand infolge einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU ein Brand auf dem Gelände einer Garagenkooperative in Donezk, Uliza Noworossijskaja 5a, der von Kräften des Zivilschutzministeriums gelöscht wurde.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 97.

snanews.de: Lugansker Volksrepublik: Kiew verlegt Kriegsgerät in den Donbass

Mitten in der Ukraine-Krise soll Kiew seine Truppen im Osten des Landes verstärkt haben. So wollen die Behörden der international nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk (LVR), die seit 2014 von Kiew abtrünnig ist, vor Kurzem neues Kriegsgerät auf ukrainischer Seite der Trennlinie im Donbass ausgemacht haben.

„Wir haben zwei Spähpanzer BRDM-2 und einen Schützenpanzer BMP-2 nahe der Ortschaft Muratowo registriert“, teilte ein Sprecher der Lugansker Volksmiliz mit. Muratowo liegt knapp 50 Kilometer nordwestlich von der LVR-Hauptstadt Lugansk.

Außerdem seien in drei Dörfern im Grenzgebiet „mobile Gruppen“ lokalisiert worden, teilte

das Verteidigungsministerium der Volksrepublik mit. Diese sollen mithilfe von EloKa-Maßnahmen versucht haben, den Einsatz der OSZE-Beobachtungsdrohnen zu stören, um die Verlegung von durch die Minsker Abkommen verbotener Technik zu verschleiern. Unter anderem seien Störsender genutzt worden, um die Kommunikation der OSZE-Drohnen zu unterbinden.

Vor rund zwei Wochen hatte die selbsternannte Volksrepublik Donezk der Ukraine vorgeworfen, Mehrfachraketenwerfer des Typs „Smertsch“ und „Uragan“ in den Donbass verlegt zu haben.

Die Volksrepublik Lugansk und die benachbarte Volksrepublik Donezk werden seit fast acht Jahren nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Die beiden Donbass-Regionen hatten nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hat nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.

Unter Vermittlung der Minsker Kontaktgruppe vereinbarten die Konfliktparteien seit September 2014 dreimal einen Waffenstillstand, der jedoch nie eingehalten wurde.

Im Sommer 2020 einigten sich Kiew und die selbsternannten Volksrepubliken auf zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung des Waffenstillstandes. Diese schließen eine vollständige Waffenruhe, das Verbot der Waffenstationierung in Wohngebieten und in deren Nähe sowie das Verbot von Angriffs-, Aufklärungs- und Sabotageaktivitäten ein.

Dennoch bleibt die Lage angespannt. Die Volksrepubliken beklagen immer wieder Beschuss durch die ukrainische Armee. Zuletzt haben die USA und andere Nato-Länder Militärinstrukteure und Waffen an die Ukraine geschickt. Anlass dafür waren Berichte über einen möglichen russischen Einmarsch in die Ex-Sowjetrepublik, was von russischer Seite bestritten wird.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5177866_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_e786845b062e3ddb200f5ee32470ec42.jpg

Mzdnr.ru: Am 5. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 68 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 30 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 38 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 850 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 362 mit Sauerstoffunterstützung (+16 in den letzten 24 Stunden).

Am 6. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 130.715 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

10.617 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.524 als gesund

entlassen, es gibt 9574 Todesfälle.

nachmittags:

de.rt.com: Nach Ankündigung von Sanktionserleichterungen: Iran und Russland begrüßen US-Schritt

Um eine Wiederbelebung des Atomabkommens zu erleichtern, lassen nun die USA einige von Trump verhängte Sanktionen gegen Iran fallen. Die Aufhebung der Sanktionen würde die Freigabe der im Ausland eingefrorenen Gelder Irans zur Folge haben, die auf etwa 29 Milliarden US-Dollar geschätzt werden.

Die Gespräche zur Wiederherstellung des Atomdeals mit Iran gehen in die letzte Etappe. Um die Gespräche in der finalen Phase zu erleichtern, lassen nun die USA einige Sanktionen fallen.

Ein hoher Beamter des US-Außenministeriums teilte mit, es handele sich um Sanktionen gegen das zivile Atomprogramm Irans. Damit werde eine Entscheidung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump wieder rückgängig gemacht. Mit diesem Schritt wolle die US-Regierung "technische Diskussionen" in der letzten Phase der Wiener Atomverhandlungen "erleichtern". Andere Länder und Unternehmen können sich nun wieder am zivilen Atomprogramm Irans beteiligen, ohne US-Sanktionen zu befürchten.

Während das US-Verhandlungsteam nach Wien zurückkehrt, wo es um alles oder nichts gehen könnte, unterzeichnete Außenminister Antony Blinken mehrere Sanktionserleichterungen im Zusammenhang mit den zivilen nuklearen Aktivitäten Irans. Das berichtet die Daily Mail am Freitag. Die Sanktionserleichterung sei wesentlich, um die rasche Rückkehr Irans zu seinen Verpflichtungen im Atomdeal 2015 sicherzustellen, wenn bei Gesprächen in Wien eine neue Einigung erzielt werde, sagte ein Beamter des US-Außenministeriums.

Die Aufhebung der Sanktionen würde, laut Daily Mail, die Freigabe der im Ausland eingefrorenen Gelder Irans zur Folge haben, die auf etwa 29 Milliarden US-Dollar geschätzt werden, etwa ein Drittel dessen, was Teheran im Ausland besitzt. Iran würde es wieder erlaubt sein, mit dem Rest der Welt Handel zu treiben und globale Banksysteme wie SWIFT zu nutzen, um unter anderem Öl unter normalen Bedingungen zu verkaufen und Geld zu erhalten. Sanktionen gegen Exporte von iranischem Öl würden ebenfalls aufgehoben. Ausländischen Firmen wäre es wieder erlaubt, in Irans Rohstoffe wie Öl und Gas, Autos, Hotels sowie andere Sektoren zu investieren.

Die Regierung in Teheran begrüßte, laut Press TV, diesen Schritt am Samstag als "richtigen, aber nicht ausreichenden" Schritt. "Das kann man zwar als Zeichen des guten Willens auslegen, aber die US-Amerikaner müssen dies auch in der Praxis zeigen und nicht nur auf dem Papier", sagte Außenminister Hussein Amir-Abdollahian am Samstag. Der russische Chefunterhändler Michail Uljanow begrüßte die Ankündigung der USA zur Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran. Die US-Entscheidung, "atomare" Verzichtserklärungen wieder einzuführen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die US-Diplomaten, die gegen Sanktionserleichterungen waren, verließen bereits das US-Verhandlungsteam. Richard Nephew, ein hochrangiger Berater des US-Sonderbeauftragten für Iran, verließ unlängst die US-Delegation in Wien. Der ehemalige zweithöchste Funktionär des US-Verhandlungsteams war der Architekt der harten Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Zwei weitere Beamte verließen ebenfalls das Verhandlungsteam in den letzten Monaten, darunter Ariane Tabatabai, eine hochrangige Beraterin im Rüstungskontrollbüro des Außenministeriums.

Es wird angenommen, dass Irans Ausbruchszeit (break out time) – die Zeit, die ein Staat benötigt, um ausreichend waffenfähiges Uran für den Bau einer einzelnen Atombombe produzieren zu können – stark fortgeschritten ist, nachdem Trump aus dem Atomdeal ausgestiegen ist.

Die Biden-Administration erwartet, dass die Wiederbelebung des Atomabkommens Iran in die Lage versetzen wird, in deutlich weniger als einem Jahr genug Material für "eine Bombe" anzuhäufen – ein kürzerer Zeitraum als der, der das Abkommen von 2015 vorgesehen hatte, berichtet The Wall Street Journal. Das US-Außenministerium hat sich bislang geweigert, sich zu den "Breakout"-Bewertungen zu äußern.

Durch die technischen Beschränkungen beim Atomdeal sollte die sogenannte Ausbruchszeit verlängert werden. Durch die Maßnahmen im Atomabkommen im Jahr 2015 lief Irans potenzielle Ausbruchszeit auf zwölf Monate.

Westliche Diplomaten stehen vor einer selbst gesetzten Frist, nämlich Mitte Februar, um zu versuchen, das Abkommen wiederzubeleben. Das bedeutet, dass die nächsten Wochen entscheidend dafür sind, ob der Deal wiederhergestellt wird oder nicht. Das Abkommen soll das iranische Atomprogramm im Austausch für die Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran wieder einschränken.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/61ff9397b480cc0a5e24bc56.jpg>

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 06.02.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sirtschenko das Gebiet von **Spartak** mit einem 120mm-Mörser beschossen und **Gornjak** mit automatischen Granatwerfern.

Durch Beschuss von Seiten der 56. Brigade gab es einen Brand auf dem Gelände einer Garagenkooperative in Donezk, Uliza Noworossijskaja 5a. Dank der sachkundigen Handlungen von Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums wurde der Brand rechtzeitig gelöscht.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade auf Befehl von Gnatow dreimal **Oktjabrj** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen und 25 Granaten abgefeuert, von den Positionen im Gebiet von Pawlopol aus haben sie das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Sosnowskoje** eröffnet und 65 Granaten abgefeuert.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier T-64-Panzer der 53. mechanisierten Brigade in der Nähe von privaten Wohnhäusern in Priwolnoje stationiert sind.

Außerdem haben Kämpfer der 25. Luftlandebrigade einen Schützenpanzerwagen in der Nähe eines Wohngebietes in Awdejewka stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 53. und der 36. Brigade

durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Budowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Bogdanowka und Pawlopol zu blockieren. Trotz der Erklärungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine, dass die ukrainische Wehrpflichtige keine Aufgaben im Donbass ausführen werden, wurde die **Ankunft von 40 ukrainischen wehrpflichtigen Soldaten** im Verantwortungsbereichs der 25. Luftlandebrigade festgestellt.

Nach vorläufigen Informationen wurden die Wehrpflichtigen rückwärtigen Einheiten zur Versorgung und Bewachung zugeordnet, wo zuvor Vertragssoldaten eingesetzt wurden. Der Brigadekommandeur Kurasch befahl, für die eingetroffenen Wehrpflichtigen gute Bedingungen zu schaffen, um mit ihnen in der nächsten Zeit Verträge abschließen zu können. Wir merken an, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zuvor mehrfach die Frage der Heranziehung ukrainischer Wehrpflichtiger für die Erfüllung von Aufgaben in rückwärtigen Gebieten der Zone der Operation der Vereinigten Kräfte behandelt hat. So plant das Kiewer Kommando, einen erheblichen Teil menschlicher Ressourcen, die bei Versorgung und Bewachung von Lagern, Kommandopunkten, Orten mit Militärtechnik und anderen rückwärtigen Objekten eingesetzt sind, frei zu machen.

Wir schließen nicht aus, dass das Kiewer Regime dem Kommando der ukrainischen Streitkräfte offiziell erlauben wird, Wehrpflichtige in den Donbass zu schicken. Im Zusammenhang damit rufen wir die Bürger der Ukraine im Einberufungsalter auf, sich der Einberufung zu entziehen und die Beteiligung an der Ausführung verbrecherischer Befehle in der Zone der Strafoperation zu verweigern.

snanews.de: **Geheimer UN-Bericht: Nordkorea soll 2021 Nuklearprogramm vorangetrieben haben**

Pjöngjang hat im vergangenen Jahr laut der Nachrichtenagentur Reuters die Entwicklung seiner Nuklear- und Raketenprogramme vorangetrieben und Cyberangriffe auf Kryptowährungsbörsen als eine wichtige Einnahmequelle genutzt. Reuters beruft sich auf einen vertraulichen Bericht, der im UN-Sanktionsausschuss für Nordkorea vorgestellt wurde. Der von unabhängigen Beobachtern erstellte Jahresbericht wurde am Freitagabend dem Sanktionsausschuss des UN-Sicherheitsrates für die Demokratische Volksrepublik Korea vorgelegt. Die Nachrichtenagentur durfte nach eigenen Angaben Einsicht in Auszüge aus dem Dokument nehmen.

Zwar seien keine Atomtests oder Starts von Interkontinentalraketen gemeldet worden, jedoch habe Nordkorea seine Fähigkeiten zur Produktion von spaltbarem Material weiterentwickelt, betonten die Experten.

Auch die Instandhaltung und Entwicklung der nordkoreanischen Infrastruktur für Atomwaffen und ballistische Raketen sei fortgesetzt worden. Zudem habe sich Pjöngjang weiterhin darum bemüht, Materialien, Technologien und Know-how für diese Programme im Ausland zu suchen, unter anderem durch Cyber-Methoden und gemeinsame wissenschaftliche Forschung. Laut Beobachtern hat Pjöngjang seine Raketentests „deutlich beschleunigt“. Nordkoreas Raketenstreitkräfte hätten verbesserte Fähigkeiten zu einer schnellen Stationierung von Raketen, eine große Mobilität (unter anderem auch zu See) und eine verbesserte Belastbarkeit an den Tag gelegt, hieß es.

Andauernde Cyberangriffe

Dabei seien Cyberangriffe, vor allem auf Vermögenswerte in Kryptowährung, nach wie vor eine wichtige Einnahmequelle für Pjöngjang geblieben, teilten die Verfasser des Berichts mit. Nach Informationen der Experten sollen nordkoreanische Hacker weiterhin Finanzinstitutionen, Kryptowährungsunternehmen und -börsen angegriffen haben.

„Nach Angaben eines Mitgliedstaates haben nordkoreanische Cyber-Akteure zwischen 2020

und Mitte 2021 mehr als 50 Millionen US-Dollar von mindestens drei Kryptowährungsbörsen in Nordamerika, Europa und Asien gestohlen“, heißt es weiter im Bericht.

Humanitäre Lage verschlechtert sich

Außerdem verwiesen die Beobachter auf eine weitere Verschlechterung der humanitären Lage in Nordkorea. Der Trend sei wahrscheinlich auf die Covid-19-Blockade zurückzuführen; aufgrund fehlender Informationen aus dem Land sei es schwierig festzustellen, inwieweit die UN-Sanktionen der Zivilbevölkerung unbeabsichtigt geschadet hätten.

Die strenge Abschottung des Landes als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie habe den illegalen Handel „weitgehend eingestellt“, stellten die UN-Sanktionsbeobachter fest. So seien die maritimen Kohleexporte aus Nordkorea auf einem relativ niedrigen Niveau geblieben, obwohl sie in der zweiten Jahreshälfte 2021 zugenommen hätten. Die illegalen Importe von Erdölprodukten seien im gleichen Zeitraum zwar stark angestiegen, hätten jedoch ein viel niedrigeres Niveau erreicht, als in den Vorjahren.

Die Weltgemeinschaft ist seit Jahren über das nordkoreanische Nuklearprogramm besorgt. Der UN-Sicherheitsrat hat bereits 2006 Sanktionen gegen Pjöngjang verhängt, die später verschärft wurden. 2017 verkündete Pjöngjang, die Ziele seines Atomprogramms erreicht zu haben, und verpflichtete sich, ein selbstaufgelegtes Moratorium für Atomtests und den Start von Interkontinentalraketen aufrechtzuerhalten.

Seit Anfang 2022 werden jedoch immer wieder neue nordkoreanische Tests gemeldet. Allein im Januar hat Nordkorea mindestens sieben Starts durchgeführt, bei denen Hyperschallraketen, ballistische Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper getestet wurden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/06/5260048_0:124:2362:1453_1920x0_80_0_0_c74f05b50a4bd1fcc3f0dcc947401065.jpg

Armiyadnr.su: Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die Kiewer Führung setzt ihre Strafmission zur Vernichtung der russischsprachigen Bevölkerung des Donbass fort.

Heute hat ein Scharfschütze der 25. Luftlandebrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kurasch von einer Feuerposition im Gebiet von Werchnetorezkoje (severnoje) aus zielgerichtet das Feuer auf eine Position unserer Verteidiger im Gebiet von

Werchnetorezkoje (jushnoje) eröffnet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **ein Soldat der Volksmiliz** in Erfüllung seiner Pflicht zum Schutz der Republik **starb**.

Alle Sachverhalte verweisen direkt auf die Aktivität ukrainischer Kämpfer, die ihre Strafoperation, die auf ein Genozid am Volk des Donbass gerichtet ist, fortsetzen.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

de.rt.com: **Lambrecht droht: Truppen zur Verstärkung der Bundeswehr-Kampfgruppe in Litauen stehen bereit**

Seit fünf Jahren führt Deutschland den NATO-Einsatz in Litauen an. Laut der Bundesverteidigungsministerin Lambrecht (SPD) stehen dafür weitere Bundeswehr-Truppen "zur Verstärkung bereit". Zudem fordert sie die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr, wie es im Koalitionsvertrag verankert ist.

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht deutete gegenüber der Funke Mediengruppe eine Aufstockung des Bundeswehr-Kontingents in Litauen an. Die SPD-Politikerin betonte:

"Wir leisten bereits einen sehr wichtigen Beitrag in Litauen, wo wir als einziges Land der EU eine Battlegroup führen. ... Grundsätzlich stehen auch Truppen zur Verstärkung bereit, wir sind jetzt im Gespräch mit Litauen darüber, was genau sinnvoll wäre."

Darüber hinaus würden laut Lambrecht Eurofighter zur Luftüberwachung nach Rumänien verlegt. "Jeder in der Nato kann sich auf uns verlassen", betonte die Ministerin.

Lambrecht hatte kurz vor Weihnachten Litauen besucht. Es war ihre erste Einsatzreise.

Deutschland ist seit fünf Jahren Führungsnation beim NATO-Einsatz in Litauen und stellt etwa die Hälfte der 1.200 Männer und Frauen der multinationalen Einheit.

Am Donnerstag wird Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Staats- und Regierungschefs der baltischen Staaten in Berlin empfangen. Dabei stehen die Ukraine-Krise und die Sicherheitslage in Osteuropa im Mittelpunkt.

Hinsichtlich der Ukraine-Krise betonte Lambrecht, die Bundesregierung bleibe bei ihrem Nein zur Waffenlieferung an Kiew. Sie hob die Absicht der Bundesregierung hervor, deeskalierend zu wirken:

"Im Ukraine-Konflikt haben wir Verhandlungspartner, die wieder an den Verhandlungstisch gekommen sind – im Nato-Russland-Rat und im Normandie-Format zum Beispiel. Deswegen ist es jetzt unsere Aufgabe zu deeskalieren. Wir wollen diesen Konflikt friedlich lösen."

Bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr

Gleichzeitig drängt die Verteidigungsministerin auf eine Aufrüstung der Bundeswehr – insbesondere auf die Beschaffung von bewaffneten Drohnen. Laut Lambrecht gehe es dabei um "den Schutz der Soldaten". Es soll sich jedoch nicht um autonome Waffensysteme handeln. Sie verdeutlichte:

"Es muss stets und in letzter Konsequenz der Mensch entscheiden, kein Computer."

Lambrecht sieht es als ihre Aufgabe an, noch in dieser Wahlperiode bewaffnete Drohnen zu beschaffen. Dabei verweist sie auf den Koalitionsvertrag, in dem sich SPD, Grüne und FDP über bewaffnete Drohnen verständigt haben. Sie betont:

"98 Prozent meiner Partei haben diesem Koalitionsvertrag zugestimmt. Das ist ein klares Votum."

Ob und wo dieses Waffensystem zum Einsatz komme, solle jedoch der Bundestag entscheiden. Zudem argumentierte die SPD-Politikerin für klare Einsatzregeln, "die alle ethischen Fragen berücksichtigen". Grundsätzlich gehe es um Aufklärung und Schutz und nicht um autonome Kriegsführung oder die gezielte Tötung vermeintlicher Terroristen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/61ffc747b480cc4c7467420e.jpg>

snanews.de: **Keine Beweise für Beteiligung „russischer Agenten“ an Waffenlager-Explosion in Vrbitice – Zeman**

Der tschechische Geheimdienst hat laut dem Präsidenten des Landes, Milos Zeman, keine Beweise dafür, dass russische Geheimdienste hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbitice im Jahr 2014 stecken.

„Der Sicherheits- und Informationsdienst hat keine Beweise oder Zeugen dafür, dass russische Agenten auf dem Territorium der Militärlager in Vrbitice waren“, sagte Zeman dem Sender CNN Prima News.

Gleichzeitig fügte er hinzu, dass die Vorwürfe schwerwiegend genug seien und die Fortsetzung einer gründlichen Untersuchung erforderten. Zeman äußerte auch die Hoffnung, dass die Öffentlichkeit nach der Untersuchung alle Einzelheiten des Falls erfahren würde. Der Präsident hat sich auch gegen die Entsendung von Nato-Truppen in die Ukraine ausgesprochen:

„Die Ukraine ist kein Mitglied der Nato, daher halte ich es für unangemessen, Truppen dorthin zu schicken“, sagte Zeman. Ihm zufolge wäre die Prüfung dieser Option für Tschechien nur dann möglich, wenn ein Militärkontingent in ein Nato-Mitglied entsandt würde.

Die Beziehungen zwischen Tschechien und Russland sind seit längerem angespannt. Prag hatte russischen Geheimdiensten Mitte April 2021 vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbitice im Jahr 2014 zu stecken. Moskau bezeichnete die Anschuldigungen als absurd, unbegründet und aus der Luft gegriffen. Auch wiesen die beiden Länder gegenseitig Diplomaten aus.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/01/15/610472_0:43:2753:1592_1920x0_80_0_0_08cd222ec6c5ba276b6264484aea50cd.jpg

abends:

snaneews.de: Ukrainischer Außenminister Kuleba wirft Zeman Untergrabung der Beziehungen zu Kiew vor

Der ukrainische Außenminister, Dmitri Kuleba, hat den tschechischen Präsidenten, Milos Zeman, wegen seiner Äußerungen in Bezug auf die Entsendung von Nato-Truppen in die Ukraine heftig kritisiert. Ihm zufolge will Zeman die ukrainisch-tschechischen Beziehungen untergraben.

Der tschechische Präsident hat sich am Samstag gegen die Entsendung von Nato-Truppen in die Ukraine ausgesprochen:

„Die Ukraine ist kein Mitglied der Nato, daher halte ich es für unangemessen, Truppen dorthin zu schicken“, sagte Zeman dem Sender CNN Prima News. Ihm zufolge wäre die Prüfung dieser Option für Tschechien nur dann möglich, wenn ein Militärkontingent in ein Nato-Mitglied entsandt würde.

Kuleba hat wenige Stunden später Zemans Aussagen via Twitter kommentiert:

„Ein weiterer Versuch von Präsident Zeman, die ukrainisch-tschechischen Beziehungen zu beschädigen wird mit einem weiteren Fehlschlag enden“, schrieb der Minister.

Wie das ukrainische Außenministerium am Samstag mitteilte, werden die Außenminister Österreichs, der Slowakei und Tschechiens der Ukraine vom 7. bis 8. Februar einen Arbeitsbesuch abstatten, geplant sei auch ihre Reise in den Donbass.

Angesichts der Berichte über einen russischen Truppenaufmarsch in der Nähe der Ukraine äußern westliche Staaten die Befürchtung, dass Moskau eine militärische Invasion des Nachbarlandes plane. Russland dementiert das und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien.

Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis aufnehmen soll. Die Nato lehnt das ab. Bei den ersten Gesprächsrunden Anfang Januar gab es keine Annäherung



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/03/5234514_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_5bbeba580c921ab8eacabb26821ae031.jpg